

Berichtsvorlage

zur Kenntnis im **Alle Ortschaftsräte**
zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Personalbemessung bei den Verwaltungsstellen**

Bezug:

Anlagen: 0

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2009 haben die Verwaltungsstellen einen wichtigen Beitrag geleistet, indem Stellenanteile, die in den Folgejahren frei wurden, nicht nachbesetzt wurden. Seitdem wurden insgesamt 1,43 Stellenanteile dauerhaft nicht mehr besetzt. Die Arbeit auf den Verwaltungsstellen hat jedoch zugenommen. Mit der aktuellen Personalausstattung ist diese nicht mehr vollumfänglich zu bewältigen.

2. Sachstand

In den letzten Monaten wurden zahlreiche Kennwerte auf den Verwaltungsstellen erhoben und Gespräche mit den Beschäftigten geführt. Ziel war es, eine gemeinsame Sichtweise auf eine angemessene Personalausstattung zu gewinnen. Dabei geht es um zwei Sichtweisen:

1. Die Aufgaben müssen an die vorhandenen Arbeitskapazitäten angepasst werden

Es wurden einige Arbeitsfelder identifiziert, bei denen die Möglichkeit besteht, einfacher und mit weniger Aufwand zu arbeiten. Zudem sind die Standards in einigen Bereichen im Vergleich innerhalb der acht Verwaltungsstellen und im Vergleich zur Kernstadt

unterschiedlich. Hier soll überprüft werden, ob es möglich ist, sich auf einen einheitlichen Standard zu einigen, der ebenfalls zu einer Entlastung der Verwaltungsstellen führen soll.

2. Die Arbeitskapazität muss an die Aufgaben angepasst werden

Anhand der Kennzahlen (z. B. Fallzahlen bei Tätigkeiten aus den Bereichen Bürgeramt und Standesamt) wurde geprüft, wo es deutlich höhere Fallzahlen gibt, als auf Grund der Größe des Teilortes zu erwarten wäre. So ist bspw. die Anzahl der zu beurkundenden Geburten in Hagelloch auf Grund des dort vorhandenen Geburtshauses sehr hoch. Ebenfalls wurde ermittelt, in welchen Teilorten aktuell und erwartbar eine Vielzahl von Projekten bearbeitet wird, bei denen auch die Verwaltungsstellen Zuarbeit leisten.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung wird in den kommenden Monaten mit den Beschäftigten der Verwaltungsstellen prüfen, wie der Aufwand in einzelnen Bereichen reduziert werden kann.

Zudem hat sich die Verwaltung mit der Ortsvorsteherin und den Ortsvorstehern auf folgende Personalausstattung geeinigt.

Als Basisausstattung werden 0,45 AK je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner ermittelt. Dazu addiert werden Zeitanteile unabhängig von der Größe für die Erstellung des Mitteilungsblatts sowie die Arbeiten rund um den Ortschaftsrat. Weitere Zuschläge werden erteilt, wenn es zu höheren Fallzahlen kommt, als auf Grund der Größe zu erwarten wäre, wenn dauerhaft besondere Aufgaben vorhanden sind (bspw. die Partnerschaft von Hirschau mit Kingersheim/Elsass und von Kilchberg mit Kilchberg/Schweiz) und auf Grund von aktuellen und anstehenden Projekten (bspw. die Baulandentwicklung). Dies führt zu einem Stellenmehrbedarf von insgesamt 0,72 Stellenanteilen, die im Entwurf des Haushalts eingestellt wurden. Konkret wurden im Haushalt für Hirschau ein Plus von 0,25 Stellenanteilen, für Pfrondorf und Unterjesingen von 0,2 Stellenanteilen und für Kilchberg von 0,07 Stellenanteilen eingeplant.

Diese Personalbemessung gilt für die kommenden fünf Jahre. Ist in einem Teilort die Baulandentwicklung absehbar, das heißt, sie ist in den nächsten drei Jahren zu erwarten, wird mit Ausnahme von Unterjesingen ggf. ein weiterer Zuschlag von 0,1 Stellenanteilen angemeldet.

4. Lösungsvarianten

Die zusätzlichen Stellenanteile werden mit dem Beschluss des Haushalts 2019 nicht gewährt.

5. Finanzielle Auswirkungen

Insgesamt fallen in 2019 durch die angemeldeten Stellenerhöhungen Mehrkosten in Höhe von rund 35.000 Euro an.

